



# Täglicher Pressespiegel

24.03.2021

# Inhaltsverzeichnis

|   |          |
|---|----------|
| <b>Forschungs- und Hochschulpolitik</b> .....           | <b>1</b> |
| DER TAGESSPIEGEL vom 24.03.2021, Seite 22               |          |
| Vergesst die anderen großen Seuchen nicht! .....        | <b>1</b> |
| Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.03.2021, Seite N4 |          |
| Immunisiert durch Skepsis .....                         | <b>3</b> |

# Forschungs- und Hochschulpolitik

DER TAGESSPIEGEL vom 24.03.2021

DER TAGESSPIEGEL  


**Autor:** Stefan H. E. Kaufmann  
 [tmt7f1ftes7hzc48ecsifc]

**Ressort:** WISSEN & FORSCHEN

**Seite:** 22

**Quellrubrik:** WISSEN & FORSCHEN

POSITION

## Vergesst die anderen großen Seuchen nicht!

Im Schatten der Pandemie: Die Tuberkulose breitet sich rasant auf der Welt aus

Von Stefan H. E. Kaufmann

Ein ansteckender Erreger geht um die Welt. Er springt per Tröpfcheninfektion von Mensch zu Mensch und befällt meist die Lunge. Zehn Millionen Menschen stecken sich jedes Jahr an. 1,4 Millionen Betroffene sterben. Die Rede ist nicht von Covid-19 – sondern von Tuberkulose. Bis vor Kurzem war die „weiße Pest“ die tödlichste Seuche der Welt. Aktuell hat das Coronavirus ihr diesen Rang abgelassen. Doch während seit einem Jahr alle Aufmerksamkeit und Ressourcen auf die Pandemie gerichtet sind, greift die alte Seuche gefährlich um sich.

Dabei sieht es auf den ersten Blick zunächst nach dem Gegenteil aus: Im ersten Halbjahr 2020 verzeichnete ein Großteil der besonders von Tuberkulose betroffenen Länder einen erheblichen Rückgang der Fallzahlen. Indien, die Philippinen, Indonesien und Südafrika meldeten in den ersten Monaten des vergangenen Jahres zwischen 60 und 75 Prozent weniger Neuinfektionen als im Vergleichszeitraum 2019. Die Jahres-Statistik der Tuberkulose-Toten für 2020 dürfte im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um ein Drittel ausweisen. Doch die Daten trügen.

In der Pandemie ist in vielen Ländern das Meldesystem für Tuberkulose zusammengebrochen. Labore haben ihre ganze Kapazität auf die Diagnostik von Covid-19 ausgerichtet. Kliniken waren und sind überfüllt oder werden aus Angst vor Ansteckung mit dem neuen Virus gemieden. Personal, das die oft langfristige Tuberkulose-Therapie begleitet und überwacht hat, ist nun gegen Covid im Einsatz. Der Nachschub an dringend benötigten Tuberkulose-Medikamenten war unterbrochen. Und Kranken, die längere Wege zurück-

legen müssen, um Diagnosen, Medikamente oder Behandlung zu erhalten, hat die Pandemie mit ihren Reisebeschränkungen oft schlicht den Weg abgeschnitten. All dies hat dazu geführt, dass sich die Tuberkulose jenseits der Statistik 2020 rasant ausbreiten konnte.

Wie gravierend die Lage ist, dazu gibt es nur Schätzungen. Klar ist: Während Lockdowns nach einigen Wochen oder Monaten enden, wirken sie in Bezug auf andere Seuchen langfristig nach. Einer Modellierung der Initiative Stop TB Partnership zufolge hätte ein dreimonatiger weltweiter Lockdown gefolgt von einer zehnmonatigen Phase des langsamen Wiederhochfahrens 6,3 Millionen zusätzliche Tuberkulose-Infektionen zur Folge – verteilt auf fünf Jahre. Außerdem kämen in dieser Zeit 1,4 Millionen Tuberkulose-Tote hinzu. Träfe dies ein, würden die realen Tuberkulose-Zahlen 2021 auf ein Niveau steigen, das wir zuletzt 2013 bzw. 2016 gesehen haben. Ähnlich prekär sind die Prognosen für HIV/Aids und Malaria.

Für die Pandemie stehen die Chancen gut, dass Impfungen erheblich dazu beitragen werden, Covid-19 zurückzudrängen. In westlichen Ländern könnte dies bereits im Verlauf dieses Jahres gelingen. Für den globalen Süden jedoch gilt das nicht: Schon jetzt ist absehbar, dass 2021 in den armen Ländern nur ein kleiner Teil der Bevölkerung eine Impfung erhalten wird. Weil dort aber auch die anderen großen Seuchen wüten, wird sich das Versagen der Weltgemeinschaft, die Impfstoffe gerecht zu verteilen, in diesen Ländern doppelt negativ auswirken.

Noch ist es möglich, die Erfolge der vergangenen Jahre in der Tuberkulosebekämpfung wieder zurückzugewinnen.

Aber dafür muss der Kampf gegen diese Seuche jetzt massiv aufgestockt werden. Zentral ist es, dass die Hunderttausenden unerkannt Infizierten schnell identifiziert werden. Was es dafür braucht, wissen wir aus der Covid-Pandemie genau: einen erheblichen Ausbau der Tuberkulose-Diagnostik, eine intensive Nachverfolgung der Kontakte und aktive Aufklärungskampagnen in den Kommunen. Überdies müssen alle Infizierten kontinuierlich und den Standards entsprechend behandelt werden. Und parallel braucht es erhebliche Investitionen in neue Medikamente und in TB-Impfstoffe.

Obwohl wir es bei der Tuberkulose mit einem sehr viel trickreicheren Erreger zu tun haben, gibt es Anlass zur Hoffnung. Seit Anfang dieses Jahrtausends wird intensiv an neuen Vakzinen geforscht, aktuell befinden sich einige in der letzten Phase der klinischen Überprüfung. Es könnte gelingen, dass wir auch diese Seuche in absehbarer Zeit in den Griff bekommen. Allerdings nur, wenn ausreichend Gelder dafür bereitgestellt werden. Wie schlagkräftig Forschung und Entwicklung sein können, wenn die Finanzierung gesichert ist und Ressourcen gebündelt werden, hat die Coronapandemie eindrücklich gezeigt. Es wäre wichtig, dass die Weltgemeinschaft bei allem verständlichen Fokus auf Covid-19 die anderen Seuchen wieder mit in den Blick nimmt.

Der Autor ist Emeritus-Direktor am MPI für Infektionsbiologie in Berlin.  
 \*\*\*

Foto: Jonas Steengard/Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie

**Seite:** N4  
**Ressort:** Natur und Wissenschaft  
**Seitentitel:** Forschung und Lehre

**Ausgabe:** Hauptausgabe  
**Nummer:** 70

## Immunisiert durch Skepsis

Wird die Wissenschaft von Politik und Moral vereinnahmt? Es spricht einiges dafür, dass ihre Werte sie davor schützen.

Von Rudolf Stichweh

Die europäische Wissenschaft und die Universität kannten seit der Entstehung der Universitäten eine Tradition akademischer Freiheiten. Diese Freiheiten waren Freiheiten der Lehrenden und Studierenden. Sie waren in einer geschichteten Gesellschaft Sonderrechte ständischer Gruppierungen und unterschieden sich darin von der Wissenschaftsfreiheit und Hochschulfreiheit der Moderne, bei denen es sich nicht mehr um ständische Sonderrechte handelt, vielmehr um Kommunikationsfreiheiten in globalen Funktionssystemen der Moderne. Außerdem unterscheidet sich die Situation des 19. bis 21. Jahrhunderts dadurch von der Vormoderne, dass sich der Begriff der akademischen Freiheit, der auf der Ununterscheidbarkeit von Wissenschaft und Universität beruhte, auflöst. Viel deutlicher tritt die Differenz von Wissenschaft und Hochschulziehung hervor, die die Wissenschaftsfreiheit und die Freiheit der Universität voneinander zu trennen erlaubt.

Das Grundgesetz formuliert diese Lage erstaunlich präzise: "Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung" (Art. 5, III). Hier werden zunächst zwei Funktionssysteme der Gesellschaft bezeichnet: Kunst und Wissenschaft. Es folgt mit "Forschung" ein Begriff, der Wissenschaft und Universität und andere Orte der Forschung übergreift. Aber er wird zusammen mit "Lehre" genannt, was man so verstehen kann, dass die seit dem neunzehnten Jahrhundert selbstverständlich gewordenen Kerntätigkeiten des Universitätslehrers geschützt werden. Es folgt eine Einschränkung, die spezifisch den Hochschullehrer, nicht unbedingt den Wissenschaftler betrifft: Er ist zur Treue zur Verfassung verpflichtet.

Was in diesem Katalog von Freiheiten fehlt, ist die Freiheit des Studierenden,

die Lernfreiheit. Gerade in der Tradition der deutschen Universität gab es aber seit dem sechzehnten Jahrhundert eine Komplementarität von Lehr- und Lernfreiheit, die sich wechselseitig bedingten. Der Lehrende konnte gerade deshalb frei sprechen, weil der Studierende anderswohin (zu einem anderen Lehrenden) gehen konnte. Das ist gerade im Vergleich zur amerikanischen Universität, die Lernfreiheit als Institution nicht kennt (Thorstein Veblen, *The Higher Learning in America*, 1918) und deshalb auch die Lernfreiheit anders einschränken kann, eine wichtige soziologische Charakteristik der deutschen Universität.

Autonomie durch Normen

Was folgt aus diesen Überlegungen für die Analyse der gegenwärtigen Situation, in der es Beobachter gibt, die die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland für gefährdet halten und diese Gefährdung auf politische Engagements und Leidenschaften zurückführen, die sie in der Universität und in der kommunikativen Umwelt der Universität identifizieren? Beobachten wir eine Politisierung der Wissenschaft und gefährdet diese die Wissenschaftsfreiheit?

Politische Engagements haben eine selbstverständliche Legitimität auch in der Universität und für Wissenschaftler. Sie sind durch die Meinungsfreiheit als eines der anderen Grundrechte legitimiert (Art. 5, I GG) und darüber hinaus durch die vielfältigen Formen der politischen Inklusion, die konstitutiv für moderne Demokratien sind. Aber diese Rechte auf politische Meinungen und politische Leidenschaften sind Rechte, die jeder einzelne Staatsbürger besitzt. Sie haben mit den für Wissenschaft und Universität charakteristischen Freiheiten zunächst einmal nichts zu tun. Gefährden sie diese Freiheiten vielleicht sogar? Wird eine Politisierung problematisch, wenn sie zur Politisierung der Wissenschaft wird?

Die Freiheit und Autonomie der Wis-

senschaft ruht, wie die anderer Funktionssysteme auch, auf der Existenz von wissenschaftseigenen Werten, Normen und Institutionen, die die Grenze des Wissenschaftssystems gegenüber seinen gesellschaftlichen Umwelten definieren und stabilisieren. Die rechtliche Garantie der Wissenschaftsfreiheit ist eigentlich nur eine Rezeption und Stabilisierung dieser historisch entstandenen Autonomie der Wissenschaft. Das Grundrecht ist wichtig als ein Moment der Stabilisierung, aber es bringt die Wissenschaftsfreiheit nicht hervor, es formuliert nur eine historische Errungenschaft. Um welche Eigenwerte und Eigennormen des Wissenschaftssystems handelt es sich?

Zunächst einmal ist ein geschichtlich entstandener Komplex von Positivwertungen wichtig, der sich im Umkreis von Wahrheitsorientierung, Forschungsgeist, kognitiver Rationalität und theoretischer Neugierde als Werten herausgebildet hat. Werte sind Präferenzen, sie sind keine unabdingbaren Vorschriften. Aber sie tragen zu der Wahrscheinlichkeit bei, dass einem Wissenschaftler die Orientierung an diesen Werten wichtiger ist als politische Engagements, wichtiger auch als die eigenen politischen Engagements. Gleichermaßen bedeutsam, vielleicht noch zentraler sind für die Wissenschaftsfreiheit die Normen des Wissenschaftssystems. Normen sind im Unterschied zu Werten mit Sanktionen bewehrt. Man wird negative Sanktionen fürchten müssen, wenn man gegen diese Normen verstößt.

Universalistischer Imperativ

Für diese normative Grundstruktur des Wissenschaftssystems existiert die bemerkenswerte Analyse, die Robert K. Merton in zwei Essays von 1938 und 1942 erstmals vorgelegt hat (Merton, *The Sociology of Science*, 1973, Kap. 12-13). Diese Essays identifizierten "Universalismus" (die uneingeschränkte Teilnahme an allen Wissensprozessen von allen sozialen Standorten aus),

"Kommunismus" (den gemeinsamen Besitz wissenschaftlichen Wissens), "Desinteresse" (das Absehen von persönlichen Interessen) und "organisierte Skepsis" (die Erwartung, dass jede Wahrheitsbehauptung einer prinzipiell kritischen Prüfung unterzogen wird) als die grundlegenden Normen der Wissenschaft. Drittens gibt es außer Werten und Normen die eigenen Institutionen der Wissenschaft. Dazu gehört natürlich die Universität selbst mit ihrer historischen Eigentümlichkeit, dass sie die Wissenschaft in allen ihren Facetten und Disziplinen in sich aufnimmt und diese Varianten interdisziplinär aufeinander bezieht. Andere unter den immer zahlreicher werdenden Institutionen sind das "Scientific Paper" mit den komplexen Formzwängen, die es über Jahrhunderte in sich aufnimmt, der "Peer Review" und die wissenschaftliche Kooperation/Koautorschaft als immer dominierender werdende Sozialform. Für das Verhältnis der Wissenschaft zu politischen Interessen ist entscheidend, dass sich in den Kommunikationsprozessen des Systems der Vorrang der Werte, Normen und Institutionen des Wissenschaftssystems gegenüber politischen Wertsetzungen behauptet. Dies betrifft gar nicht so sehr den einzelnen Wissenschaftler, ist vielmehr eine System-

meigenschaft, die wie eine Immunabwehr wirkt, die relativ viel individuelle Devianz aushält und neutralisiert.

Natürlich ergeben sich aus dieser Beschreibung auch Erwartungen an den einzelnen Wissenschaftler. Aber diese Erwartungen heißen nicht "Politikferne" oder "Werturteilsfreiheit". Viel treffender wäre der Begriff der "Rollendistanz". Vom Wissenschaftler ist zu erwarten, dass er seine Inklusionsrollen und die daraus folgende Praxis im politischen System von den Bedingungen seiner Inklusion in das Wissenschaftssystem zu unterscheiden weiß und darum weiß, dass im Wissenschaftssystem der Primat der wissenschaftseigenen Wertungen gilt. Aber auch, wenn dies bei einem individuellen Wissenschaftler nicht der Fall sein sollte, kann das System immer noch als ein Immunsystem funktionieren und wie jedes Immunsystem durch deviante Fälle gerade auch gestärkt werden.

Die Folgerung aus diesen Überlegungen ist, dass die Frage nach dem Zustand der Wissenschaftsfreiheit nicht durch das Erzählen von einzelnen Fallgeschichten beantwortet werden kann. Wie in jedem Sozialsystem wird es täglich eine große Zahl von Abweichungen geben. Entscheidend ist das Studium der Werte, Normen und Institutionen der

Wissenschaft. Gibt es jenseits von Einzelfällen der Devianz eine systematische Gefährdung der Autonomie der Wissenschaft auf einer dieser Ebenen? Anzumerken ist auch, dass für die Frage der Freiheit von Wissenschaft nicht alle Elemente in diesem Komplex von Werten, Normen und Institutionen von gleicher Bedeutsamkeit sind. Es spricht einiges für eine besondere Zentralität von "Universalismus" und "organisierter Skepsis". Wenn es Wahrheitsbehauptungen gäbe, die der skeptischen Beobachtung entzogen werden sollen, oder Forschungsrichtungen existierten, von denen bestimmte gesellschaftliche Gruppen ausgeschlossen werden, dann würde es sich um signifikante Einschränkungen der Freiheit der Wissenschaft handeln. Aber natürlich gilt das nur, soweit solche Einschränkungen sich tatsächlich systemweit durchsetzen. Solange es sich um einzelne Gruppen handelt, in denen Partikularismus herrscht und Skepsis untersagt ist, werden sich aus anderen Regionen des Systems die Imperative des Universalismus und der organisierten Skepsis durchsetzen.

Rudolf Stichweh ist Professor für Soziologie an der Universität Bonn.

**Urheberinformation:** Alle Rechte vorbehalten. © F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main